

Harald Martenstein Gelenkte Demokratie

Ein Plädoyer
für die Freiheit



LMV

Das Verbot

*Rede, gehalten am 13. Februar 2026 im
Hamburger Thalia-Theater beim sogenannten
„Prozess gegen Deutschland“*

Sie möchten hier also in einer Art Schauprozess über das Verbot einer Partei sprechen, die im Westen Deutschlands von 20 Prozent der Menschen gewählt wird und im Osten von 35 bis 40 Prozent. Mit anderen Worten: Wir reden hier über das Ende der Demokratie und ihre Ersetzung durch etwas anderes. Die Meinung großer und immer noch wachsender Teile der Bevölkerung soll für die Politik in Zukunft keine Rolle mehr spielen.

Wie soll das neue System eigentlich heißen? Gelenkte Demokratie? Unsere Demokratie? Bestimmt fällt Ihnen ein schönerer Name ein.

Sie haben Recht mit dem, was hier vermutlich vielen gerade durch den Kopf geht: Ja, die NSDAP hätte man mal besser rechtzeitig verboten. Ob dieser Versuch etwas genützt hätte, weiß man natürlich nicht. Aber die sogenannte „Machtergreifung“ von 1933 war zweifellos eine Katastrophe und ein Vorbote weiterer Katastrophen. Man musste alles versuchen, um das zu verhindern.

Ich stelle Ihnen einige Fragen.

Die erste Frage: Sind die Begriffe „rechts“ und „rechtsradikal“ mehr oder weniger bedeutungsgleich? Ich frage das, weil beide Begriffe in den linken Debattenräumen meist wie Synonyme verwendet werden. „Kampf gegen Rechts“ – so soll also ein Kampf für die Demokratie heißen. Es ist ein Kampf gegen die Demokratie.

Rechts und Links sind seit 1789 die beiden Grundrichtungen aller demokratischen Staaten. Typische Rechte lehnen ein sozialistisches Wirtschaftssystem ab, sie verteidigen das Unternehmertum, sind für Traditionen, sie halten die Familie für ein gutes Modell und sie mögen ihr Land, sie hassen es nicht. Eindeutig rechte Politiker haben gegen die Nazis gekämpft und den Vorläufer der EU gegründet, sie hießen de Gaulle, Adenauer und Churchill. Typische rechte Politiker der jüngeren Geschichte waren Margaret Thatcher und Ronald Reagan.

Sie lehnen diese Leute ab. Okay. Aber wollen Sie allen Ernstes solche Haltungen verbieten? Sie sind dann ein Gegner der Demokratie. Das sollten Sie dann aber auch zugeben, vor sich selbst und vor der Welt.

Sie werden einwenden, dass Sie nicht solche Old-School-Rechten wie Adenauer oder Reagan meinen, wenn Sie Verbote fordern. Sie meinen den Populismus, eine neue Spielart des Rechts, die in der gesamten westlichen Welt entstanden ist, nicht nur in Deutschland. Sie findet Zustrom vor allem bei denen, die bisher bürgerliche oder gemäßigt linke Parteien gewählt haben, also bei uns CDU, CSU, SPD oder FDP.

Diese Wähler fühlen sich nicht mehr repräsentiert durch das alte Parteienspektrum. Das meist abwertend gebrauchte Wort „Populismus“ suggeriert, dass es ein Fehler wäre, beim Regieren auf die Zustimmung der Bevölkerung Wert zu legen. Genau diese Idee – alle Macht muss durch den Willen der Mehrheit gerechtfertigt sein – ist aber nun mal die Grundlage unserer Verfassung. Mit einem Verbot mehrheitsfähiger Parteien entzieht man diesem Staat seine Legitimation und verwandelt ihn in ein autoritäres Regime.

Dafür muss man schon sehr gute Gründe haben. Man muss es mit einem Gegner zu tun haben, der selbst die Demokratie abschaffen will. Man muss sich in einer Notwehrsituation befinden.

Die entscheidende Frage ist, ob so eine Partei legitime Ziele verfolgt oder illegitime. Es geht also nicht darum, ob Sie oder ich diese Ziele für richtig halten. Illegitime Ziele wären zum Beispiel die Beseitigung der Meinungsfreiheit, der Entzug von Grundrechten für Teile der Bevölkerung oder das Verbot von Parteien, die von den Regierenden als störend empfunden werden. Illegitime Ziele sind also genau die Ziele, die Sie vertreten.

Man kann mit der Begründung, man verteidige die Demokratie, die Demokratie nämlich auch abschaffen. Tatsächlich war diese Begründung, wir retten die Demokratie, historisch gesehen eine der beliebtesten bei denen, die sie abgeschafft haben.

Kennen Sie die „Anti-Rechts-Bewegung“? Das sollten Sie. Unter diesem Namen wurden 1957 in China fast zwei Millionen Menschen verhaftet und in Straflager gesperrt, bürgerliche Elemente, darunter Intellektuelle. Dort ermordete man viele von ihnen. Sinn der Anti-Rechts-Bewegung war es, China in einen Einparteiensstaat zu verwandeln. Ja, es gab bis 1957 unter Mao Tse-tung ein Mehrparteiensystem. Der Kampf gegen Rechts hat mit diesem demokratischen Unsinn

aufgeräumt.

Ähnliche Parteien wie die AfD waren bereits in mehr als einem Dutzend europäischer Staaten in Regierungskoalitionen vertreten oder stützten Regierungen, unter anderem in Skandinavien. Demnächst könnten sie in Frankreich und Großbritannien regieren. Sie wollen also, dass Deutschland in Europa wieder einmal einen autoritären Sonderweg beschreitet.

Nun zu einer anderen Frage. Ist es legitim, für Verfassungsänderungen einzutreten? Es muss wohl legitim sein, denn das Grundgesetz wurde seit 1949 bereits mehr als 50-mal geändert oder ergänzt. Ist es legitim, für eine restriktive Migrationspolitik einzutreten? Es muss wohl legitim sein, denn es gibt eine solche Politik in so zweifellos demokratischen Staaten wie Dänemark oder Australien. Ist es legitim, aus der EU austreten zu wollen? Das keineswegs faschistische Großbritannien hat es getan. Ist Patriotismus legitim? Willy Brandt war erklärtermaßen Patriot.

Ich sage es noch einmal: Bei all diesen Fragen kommt es nicht auf Richtig oder Falsch an. Es geht nur darum, ob etwas in einer Demokratie erlaubt sein muss oder nicht.

Es gehört zu den Merkmalen demokratischer Staaten, dass dort das Spektrum des politisch Erlaubten sehr breit ist. Sie müssen sich also gegen Ihr Naturell damit abfinden, dass es in einem freien Land mit freien Wahlen nicht immer so läuft, wie Sie es möchten. Falls Sie das überfordert, liegt das Problem bei Ihnen und nicht bei denen, die anders denken als Sie.

Wenn Sie wollen, dass die AfD verboten wird, müssen Sie nachweisen, dass diese Partei das Land in ein anderes System überführen möchte. Zum Beispiel, indem sie alle Parteien ausschaltet, die nicht das Weltbild der AfD teilen, also, ich wiederhole mich, indem sie ungefähr das tut, was einige von Ihnen gern tun würden. Aber von einer Verbotsforderung der AfD gegen ihre politische Konkurrenz ist bisher nichts bekannt.

Es genügt für ein Verbot keineswegs, dass einzelne Parteimitglieder rechtsextremen Bullshit von sich geben. Der Nachweis dessen ist leicht zu führen. Ich helfe Ihnen. Hier ein paar wirklich skandalöse Zitate. Sie sind alle belegt.

„Was wir hier in diesem Land brauchen, sind mutige Bürger, die die roten Ratten dorthin jagen, wo sie hingehören – in ihre Löcher.“

„Wir wollen von niemandem mehr, weder von Washington noch von Moskau, von keinem europäischen Nachbarn, auch nicht von Tel Aviv, ständig an unsere Vergangenheit erinnert werden.“

„Ich bin ein Deutschnationaler und fordere bedingungslosen Gehorsam.“

Spätestens am letzten Zitat haben es sicher einige erkannt. All das war Originalton nicht etwa von Björn Höcke, sondern von Franz Josef Strauß, dem CSU-Vorsitzenden, der in einem demokratischen Land beinahe Kanzler wurde. Willy Brandt saß neben ihm im Kabinett. Dass Willy Brandt kein Nazi war, ist Ihnen ja vermutlich bekannt. Auch Strauß war kein Nazi, nur ein Reaktionär. Sonst hätte sich Willy Brandt wohl kaum neben ihn gesetzt.

Ihr Problem besteht darin, dass Sie keinerlei historische Kategorien besitzen, sondern lediglich ein paar Bauchgefühle.

Der Vorsitzende der Grünen, Felix Banaszk, sagte vor ein paar Tagen im Podcast meines WELT-Kollegen Paul Ronzheimer, die AfD stehe in einer Traditionslinie mit den Nationalsozialisten. Das Gleiche würde er vielleicht auch über Strauß sagen, über Ernst Jünger, über Boris Palmer oder über den Weihnachtsmann. Es ist inzwischen völlig klar, dass „Nazi“ ein moderner Sammelbegriff für alle ist, die nicht an Wokeness oder den Sieg des Sozialismus glauben.

Die Nazis unterschieden sich von den Rechtskonservativen. Die Nazis hatten eine Miliz namens SA, die auf den Straßen Jagd auf Linke machte. Sie machten keinen Hehl daraus, dass sie Krieg wollten. Sie waren erklärte Antisemiten, Rassismus war ihr Programm. Sie wollten keine andere Republik. Sie wollten überhaupt keine Republik, sondern den Führerstaat.

In einer Demokratie einer Partei vorzuwerfen, dass sie eine andere politische Richtung einschlagen will, ist albern.

1990 formulierte der amerikanische Autor Mike Godwin eine sozialpsychologische Theorie. Godwin's Law gilt inzwischen als empirisch bewiesen. Es besagt, dass seit etwa 1950 bei jeder größeren Meinungsverschiedenheit, weltweit und immer, irgendwann ein Vergleich mit den Nazis auftaucht. Dieser Vergleich habe nichts mit der realen Geschichte zu tun, sondern mit dem Wunsch des Sprechers, seinem Gegenüber die Satisfaktionsfähigkeit abzusprechen. Sogar Angela Merkel wurde schon mit den Nazis verglichen (von Hugo Chávez), auch Peer Steinbrück (von irgendwelchen Schweizern).

Im Grunde wissen Sie das, Sie sind ja nicht blöd. Sie wissen, dass es zwischen Heinrich Himmler und Alice Weidel ein paar Unterschiede gibt. Eine offen mit einer Andersrassigen verbandelte Lesbe wie Alice Weidel wäre bei den Nazis ja im KZ gelandet.

Wer alle Rechten Nazis nennt, nur weil sie keine Linken sind, ist wirklich ein historischer Analphabet. Aber das wäre verzeihlich, finde ich. Unbildung ist kein Verbrechen. Ihnen werfe ich vor, dass Sie wissen, was Sie tun. Sie wissen, dass Sie nicht das Vierte Reich verhindern, sondern dass Sie lediglich Ihre politische Konkurrenz ausschalten wollen.

Die meisten AfD-Wähler wollen keinen neuen Hitler. Sie wollen so etwas wie einen neuen Helmut Schmidt. Es wäre ein Kinderspiel, die AfD klein zu halten. Man müsste dazu lediglich ein paar Probleme angehen, die echte Probleme sind, und deren Existenz Sie vermutlich bis zu Ihrem letzten Atemzug bestreiten werden. Passen Sie die Migration den wirtschaftlichen Möglichkeiten dieses Landes an, sorgen Sie für das Level an Sicherheit, das wir hier 2010 hatten, sorgen Sie dafür, dass in unseren Schulen wieder alle lesen und schreiben lernen und dass unsere Wirtschaft wieder international konkurrenzfähig ist.

Mehr muss es nicht sein. Ist das für Sie Faschismus?

Sie haben verdrängt, dass in der Sowjetunion im Namen des Sozialismus mindestens neun Millionen Menschen ermordet oder dem Hungertod preisgegeben wurden. Sie haben die Millionen Opfer von Pol Pot und Mao erfolgreich verdrängt. In Venezuela wurden nach der gefälschten Wahl von 2024 auf den Straßen 24 Demonstranten von Maduros Truppen „außergerichtlich hingerichtet“, auch Minderjährige. Was wäre hier los, wenn Trump das getan hätte?

Links ist gut, Rechts ist böse: So einfach ist es nicht. Aber ein schlichtes Weltbild ist nun mal bequemer als ein etwas komplizierteres.

Die entscheidende Trennlinie verläuft zwischen autoritären Regimen und solchen, in denen alle die gleichen Bürgerrechte besitzen, egal, wo sie politisch stehen, egal, ob sie die Regierung großartig finden oder sie verabscheuen. Wer sich an die Gesetze hält und keine Gewalt anwendet oder anzuwenden beabsichtigt, ist sicher und bei dem klingelt frühmorgens nicht die Polizei an der Haustür.